

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

14.8.1919 (No. 188)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telephon:
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
J. B. Rebatteur
E. K. F.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 6 A 32 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 30 P. wöchentlich 30 % Ermäßigung. ...

Amtlicher Teil.

Keine Zwangsbewirtschaftung des Herbstgemüses.

Nach Mitteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst eine Zwangsbewirtschaftung von Herbstgemüse nicht in Aussicht genommen. Als Folge hieraus ergibt sich unter anderem, daß auch die Einfuhr von Herbstgemüse aus dem Auslande dem freien Handel überlassen wird.

Einstellung der Getreideentkeimung.

Wie der Reichsausschuß für Mehl und Fett mitteilt, wird die Getreideentkeimung demnächst eingestellt. Die Kriegsnahmittels-G. m. b. H., der das Mehl bisher zugeführt wurde, und die Abteilung Getreideentkeimung des Reichsausschusses befinden sich in Liquidation. ...

Dienstverhältnisse der Lokomotivbeamten.

Am 7. August 1919 fand bei der Generaldirektion der Staatseisenbahnen unter dem Vorsitz des Generaldirektors, Staatssekretärs, mit Vertretern des badischen Lokomotivbeamtenvereins aus dem ganzen Lande eine Besprechung statt, in der verschiedene Anliegen des Standes der Lokomotivführer und Lokomotivbeizler eingehend erörtert wurden. ...

Die aus dem bevorstehenden Übergang der badischen Staatseisenbahnen an das Reich sich ergebenden Personalfragen werden mit den Beamten- und Arbeiterorganisationen so frühzeitig besprochen werden, daß der Einfluß der Organisationen gewahrt wird.

Der internationale Gewerkschaftskongreß.

Dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Amsterdam, durch den die gewerkschaftliche Internationale nach nahezu jähriger Ausfaltung offiziell wiederhergestellt wurde, widmet W. Janßen in der „Deutschen Allgem. Zeitung“ eine zusammenfassende Betrachtung, die umso mehr Interesse verdient, als die während der Tagung in der Presse veröffentlichten Berichte im allgemeinen nur ein sehr unklares Bild der Verhandlungen und der erzielten Resultate ergeben. ...

Seit dem Jahre 1902 waren die deutschen Gewerkschaften unablässig bemüht, dem internationalen Zusammenwirken der Gewerkschaften aller Länder eine feste Gestalt zu geben. Neben den Gewerkschaften des deutschen Sprachgebiets einschließlich der Holländer waren es die Skandinavier, die diesem Bestreben Interesse und Verständnis entgegenbrachten. ...

Als zur Zusammenkunft in Zürich 1913, der letzten Konferenz vor dem Kriege, waren dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat, das in Berlin unter Legiens Leitung seinen

Sitz hatte, 20 Landeszentralen mit rund 8 Millionen organisierten Arbeitern angeschlossen. In Zürich wurde die Iose Vereinigung im Sekretariat zu einem Internationalen Gewerkschaftsbunde erweitert und ein festerer Zusammenschluß für die Zukunft vorbereitet. ...

Am 28. Juli d. J. trat nun in Amsterdam die erste Vollversammlung der gewerkschaftlichen Internationale nach dem Kriege zusammen. Rund 17 Millionen organisierte Arbeiter der ganzen Welt waren hier vertreten. ...

Die Hauptaufgabe der Versammlung bildete der Wiederaufbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Um diese Arbeit zu erleichtern, hatte man eine Vorkonferenz der Vorsitzenden der einzelnen Landeszentralen auf den 25. Juli anberaumt, die der Begründung der in Folge des Krieges entstandenen Differenzen dienen sollte. ...

Der deutsche Vertreter Sassenbach bemühte sich, das Einigungswort zu fördern. Er entwarf eine Erklärung der Deutschen, die von den Vertretern der anderen Gruppe als tatsächlich abgelesen behandelt wurde, bevor die deutsche Abordnung in ihrer Gesamtheit ihr Kennnis hatte. ...

Zunehmend enthält auch die von Sassenbach tatsächlich abgegebene Erklärung Wendungen, die von den Gegnern für ihre Zwecke bequem ausgenutzt werden konnten. ...

Die deutsche Arbeiterchaft ist stets ein Gegner des Krieges und der Kämpfungen gewesen und hat niemals imperialistische Bestrebungen ihrer Regierung unterstützt. ...

Diese Erklärung enthält neben manchen Selbstverständlichkeiten einige ganz unrichtige Wendungen. Die deutschen Arbeiter haben 1914 in der Tat schon alles getan, was sie zur Abwendung des Krieges überhaupt tun konnten. ...

Inzwischen hat auch der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Haltung der deutschen Vertreter in Amsterdam geprüft und folgenden Beschluß gefaßt:

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 5. August zu der vorliegenden von dem Genossen Sassenbach auf der Internationalen

Gewerkschaftskongress in Amsterdam abgegebenen Erklärung Stellung genommen. Er stellt fest, daß der Genosse Sassenbach keinen Auftrag hatte, eine solche Erklärung im Namen der Gewerkschaften Deutschlands abzugeben. ...

Damit dürfte diese leidige Angelegenheit zur Genüge aufgeklärt sein.

Der Kongreß ging über die Frage zur Tagesordnung über. Nachdem er der bisherigen Bundesleitung Entlastung erteilt hatte, beschloß er eine neue Satzung für den Internationalen Gewerkschaftsbund, die diesem die lange erstrebte feste Organisation gibt. ...

Von großer Wichtigkeit waren die Verhandlungen des Kongresses über die Gestaltung des Arbeiterrechts im Friedensvertrage. Er stellte fest, daß dieses von den Staatsregierungen der Entente Deutschland aufgezwungene „Arbeiterrecht“ nicht als Ausdruck der Forderungen der Arbeiter aller Länder anerkannt werden kann. ...

Gegen diesen Beschluß erhob der Amerikaner Gompers Einspruch, aber er konnte die absolute Mehrheit des Kongresses in ihrem Entschlusse nicht wankend machen. ...

So hat der Kongreß in Amsterdam die gewerkschaftliche Internationale wieder hergestellt, fester organisiert als zuvor, und eine neue Plattform für gemeinsames Vorgehen in der Zukunft geschaffen. ...

Deutscher Reichstag.

Der deutsche Reichstag (so lautet von jetzt ab der Name der bisherigen verfassunggebenden Nationalversammlung) feierte gestern die Beratung der Steuer Gesetze.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Bevor die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes durch eine Steuer wie die Umsatzsteuer aufs äußerste angespannt wird, soll man vor allem versuchen, aus der Erbschaftsteuer mehr herauszuholen. ...

der Toten Hand muß in die vorliegenden Gesetze hinein-
gearbeitet werden. (Schärfster Beifall bei den Sozialisten.)

Abg. **Garwitz** (Ztr.): Die Vorlage über das Reichsnotopfer ist technisch ausgezeichnet. Das ist aber auch das einzige Kompliment, das der Steuerzahler ihr machen kann, denn die tatsächliche Anforderung der Vorlage an ihn sind schwer, noch schwerer. Die Kommissionsberatung wird Anlaß bieten, noch manchen Schönheitsfehler aus der Vorlage zu entfernen. Bei den im § 221 festgelegten Steuerhöhen scheint uns namentlich bei den unteren Reichen nicht genügend Rücksicht auf linderreiche Familien genommen zu sein. Bezüglich der Kriegsanleihe verlangen wir, daß die Rechner von Kriegsanleihe vom Reiche nicht im Stiche gelassen werden, da sie sich dem Vaterlande zur Zeit der Not zur Verfügung gestellt haben. Die Preissteigerung gegen die Vorlage, daß die Entente nunmehr die Hand auf das Reichsnotopfer legen könnte, sind unnötig angefaßt der Tatsache, daß die Entente im Rheinflaube ein viel zu sicheres Pfland in der Hand hat, um nach dem Haufen Papier zu greifen.

Abg. **Henrich** (Dem.): Wenn bei der Erbschaftsteuer der gemeine Wert für den Ertragswert eingesetzt wird, so muß das selbstverständlich auch bei der Einkommensteuer geschehen. Das Reichsnotopfer ist eine Wiedergutmachung im besten Sinne des Wortes. Wir erkennen das rückhaltlos an, obwohl wir wissen, welche Wunden dem deutschen Wirtschaftsleben des Jahres ist zu eritreben; durch eine allgemeine Einkommensteuer läßt sich dies nicht erzielen. Vor einer Zwangs-entente brauchen wir keine Furcht zu haben. Die gemeinsame Einkommensteuer muß so ausgestaltet werden, daß sie den Gemeinden und Ländern eine gewisse Bewegungsfreiheit läßt.

Abg. **Kraut** (D. N.): Mit dem Grundgedanken einer Vereinheitlichung der Steuerbelastung und Erhebung sind wir selbstverständlich einverstanden. Bedenken haben wir aber dagegen, daß eine Nachvollkommenheit in die Hand des Finanzministers gelegt wird, wie sie faum ein Diktator gehabt hat und bedenklicher ist uns noch die Tatsache, daß damit die Steuerhoheit und Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu Grunde getragen wird.

Abg. **Burm** (U. S. P.): Unter keinen Umständen werden wir für die Umsatzsteuer stimmen und es wäre einfach unerträglich, wenn man mit sozialdemokratischer Hilfe die Umsatzsteuer Gesetz werden ließe.

Abg. **Weder** (D. N.): Für die Erlegung des Reichsnotopfers erscheint es uns am dringendsten erforderlich, daß das Material für die Kommissionsberatung durch genaue Angaben über die kommende Einkommensteuer ergänzt wird. Dringend nötig ist auch die Wiedereinführung einer einwandfreien Eatsordnung. Es war das größte finanzpolitische Unglück des Krieges, daß man die dauernden Einnahmen infolge der riesig gestiegenen dauernden Ausgaben nicht erhöht hat. Wegen die Steuerhoheit werden die angeforderten Maßnahmen nötig sein. Das Wesentliche bleibt die Schaffung dauernder laufender Einnahmen. Auf das Reichsnotopfer kann die Entente keinen Anspruch erheben.

Reichsfinanzminister **Erzberger**: Ich ziehe aus der bisherigen Erörterung das erfreuliche Ergebnis, daß bei der überaus großen Mehrheit des Hauses der Ernst und der starke Wille vorhanden ist, an der Gesundung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Ich begrüße das und erkenne darin auch die Bereitwilligkeit der Nationalversammlung, diejenigen Maßnahmen, die besonderer Beschleunigung bedürfen, noch vor der Vertagung zu verabschieden. Einen abweichenden Standpunkt hat die äußerste Rechte nicht angenommen. Der Standpunkt der äußersten Rechten ist mir unklar geblieben. Werden die Herren für die Reichsnotopfer stimmen oder nicht? Jedenfalls habe ich nur Kritik und Ablehnung, aber keine positive Vorschläge vernommen. Mit den bisher unterbreiteten Vorlagen kommt die Vermögensabgabe im allgemeinen zum Abschluß und können daher von der Nationalversammlung unbekümmert die Einzelheiten der Reichseinkommensteuer zum Abschluß gebracht werden. Sie können dem Reiche gar nicht genug direkte und indirekte Steuern bewilligen. Wir gehen mit dem Abbau in einem Tempo vor, das den Beamten sehr unangenehm ist. Im Auswärtigen Ante ist ein Übermaß

den Beamten vorhanden. In einem einzigen Tage sind dort 300 Leute abberufen worden. Eine geordnete Eatswirtschaft wird am 1. Oktober eintreten. Die Abrechnung über die Ausgaben der A- und S-Räte wird hoffentlich im Herbst abgeschlossen sein. Der bisherige Erlös aus dem Verzeant beträgt 4 Milliarden Mark. Auf eine weitere Milliarde ist vielleicht noch zu rechnen. Die Befürchtung, daß durch die Reichseinkommensteuer das Eigenleben der Gemeinden unmöglich gemacht wird, ist unbegründet. Die Ausarbeitung des Gesetzes erfolgt in steter Fühlungnahme mit den Ländern und Gemeinden. Ihr Ziel ist Gleichmäßigkeit in steuerlicher Beziehung für jeden Steuerpflichtigen herbeizuführen, ganz gleich, wo er wohnt, und die Steuer an der Quelle zu erheben und zwar am besten gleich bei jedem Lohn- und Gehaltsempfänger. Gegen die Auffassung, wir brächten durch das Reichsnotopfer der Entente die Erträge dieser Abgaben auf dem Präsentierteller entgegen, muß ich auf das entschiedenste Protest erheben. Damit arbeiten Sie nach rechts mit den Feinden in die Hand. Für die Regierung gibt es jedenfalls nur ein Standpunkt in dieser Frage. Nach dem Friedensvertrage kann und darf der Feind unter keinen Umständen auf irgend eine Einnahmequelle, also auch nicht auf das Reichsnotopfer Beschlagnahme. Ich treue mich, daß gegen die Frage der reichseigenen Organisation keine Fraktion als solche Stellung genommen hat und daß Bedenken nur im einzelnen vorgebracht worden sind. Der Übergang der Landesverwaltungen auf die Reichsverwaltung wird mit der größten Schonung der bestehenden Organisation geschehen. Auch ich bin der Überzeugung, daß die Hauptsache nicht die Organisation, sondern der Mensch ist, der dahinter steht, und ich werde mich bemühen, in der Reichsfinanzverwaltung einen frischeren und freieren Zug zu bringen. (Schärfster Beifall.)

Abg. **Walstein** (Dem.): Die direkten Steuern müssen bis an die Grenzen des volkswirtschaftlich Zulässigen in Anspruch genommen werden. Vermögen und Besitz sind bisher nicht in dem Maße herangezogen worden, wie es aus politischen, ethischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen nötig war. Die hohe Umsatzsteuer wird hoffentlich in dieser Form bald verschwinden können. Die mit der Umsatzsteuer kommende Inzeststeuer braucht bei vernünftiger Anwendung unsere unabhängige Presse nicht zu verschlechtern.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt. Fortsetzung und kleinere Vorlagen. — Schluß 8.15 Uhr.

Politische Neuigkeiten.

Das Inkrafttreten der neuen Verfassung.

*Am heutigen Reichsgesetzblatt wird die neue Verfassung des deutschen Reiches veröffentlicht. Die ersten Folgerungen hieraus hat der Reichspräsident sofort gezogen, indem er den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Gustav Bauer, zum Reichskanzler ernannt hat. Die Ernennung erfolgte auf Grund des Artikels 53 der Verfassung. Dieser lautet: „Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister, werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.“

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung, deren wichtigste Aufgaben erledigt sind, führt von jetzt ab die Bezeichnung „Reichstag“ und die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, der Staatsaus-schuss, hat aufgehört, zu bestehen. An seine Stelle ist der „Reichsrat“ getreten.

Gleichzeitig hat der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reiches und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten, sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Verfassung zu vereidigen sind.

Die Verordnung über die Vereidigung der öffentlichen Beamten lautet: „Auf Grund des Artikels 176 der Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt, Seite 1383) wird verordnet: Artikel 1. Alle öffentlichen Be-

amten und Angehörigen der Wehrmacht sind unverzüglich auf die Verfassung des deutschen Reiches zu vereidigen. Und zwar heißt es 1. die Reichsbeamten leisten den Eid: „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Befehlen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“ 2. Die übrigen öffentlichen Beamten den Eid: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung.“ 3. Die Angehörigen der Wehrmacht den Eid: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das Deutsche Reich und seine gesetzlichen Einrichtungen jederzeit schütze, dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.“ Artikel 2. Die Landesregierungen können an Stelle der Eidesleistungen nach Artikel 1, Ziffer 2 anordnen, daß in den Diensten, den die Beamten nach Landesrecht zu leisten haben, die Worte eingesetzt werden: „Treue der Reichsverfassung.“ Artikel 3. In gleicher Weise sind künftig alle neuernannten öffentlichen Beamten und alle Angehörigen der Wehrmacht bei dem Dienstantritt zu vereidigen. Artikel 4. Die von den Beamten und den Angehörigen der Wehrmacht unterzeichneten Nachweise über die Eidesleistung sind zu verwahren.“

Die Auflösung des aktiven Heeres.

*Über die bevorstehende vollständige Auflösung des alten Heeres wird berichtet:

Bis Ende Sept. werden zunächst die Pferdewormuntersuchungskommissionen aufgelöst, die Festungsinspektionen und die Kriegstelegraphenabteilungen aufgelöst. Die Eisenbahngarnisonen werden entsprechend einer Heeresstärke von 200.000 Mann vermindert. Die Kadettenanstalten sollen der Zivilverwaltung überwiesen werden. Die Garafionärze werden verabschiedet. Die Kommandanturen der Kriegsgefangenenlager und die Einrichtungen für den Gefangenenrücktransport müssen als militärische Stellen bestehen bleiben.

Zum gleichen Zeitpunkt werden ferner aufgelöst: die Generalinspektion der Kavallerie, die Offizier-Heidschulen in Badern und Soltau, Generalinspektion der Artillerie-Schießschulen, die Train-Inspektion, die Kommandanturen der Trains, die Lehrschienen Königshagen, Breslau, Frankfurt a. M. und Karlsruhe, die Pionier-, Ingenieur- und Festungsinspektionen, Inspektion der Kraftfahrtruppen und der Nachrichten-truppen 1. und 2. Eisenbahn-Brigade, General-Inspektion des Militär-, Erziehungs- und Bildungswesens, Inspektion der militärischen Strafanstalten, das Gouvernement Berlin, von dem nur eine Kommandantur bestehen bleibt, die Gouvernements Köln, Graubünden, Mainz, Reg., Straßburg, Horn, Königsberg, Lim und Posen. Ferner werden die Kommandanturen der Truppenübungs- und Artillerie-schießplätze Warthe-lager, Friedrichsfeld, Eisenborn, Bahn, Viecht, Oberhofen, Gruppe, Thorn und Darmstadt aufgelöst.

Am 1. Oktober wird der Große Generalstab als oberste Operationsbehörde des alten Heeres zu bestehen aufgehört haben. In seiner bisherigen Form ist der Generalstab schon jetzt aufgelöst und führt den Namen Umwidlungsstelle General v. Seck. Die einzelnen Abteilungen werden entweder vollständig aufgelöst oder Zivilbehörden angegliedert. So wird die Landesamt, der die Vermessung deutscher und während des Krieges besetzter Gebiete oblag, dem Reichsamt des Innern als Zivilbehörde angegliedert. Ebenso wird auch die im Zusammenhang mit der Landesaufnahme stehende große Kartendruckerei vom Reichsamt übernommen. Die Abteilung Fremde Heere und die Nachrichtenabteilung treten zum Auswärtigen Amt als Zivilbehörde an. Die Abteilung Eisenbahnen wird dem Eisenbahnministerium überwiesen. Die Operationsabteilung und die Festungsabteilung werden vollständig aufgelöst. Über die Verwendung des Gebäudes am Königsplatz hat das Reichsamt noch keine Verfügung getroffen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

*Zwischen Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltungen fanden, so wird aus Berlin gemeldet, Verhandlungen über die Frage statt, wie die großen finanziellen Verluste der Eisenbahnen ausgeglichen werden können. Diese Verluste sind bei allen beteiligten Eisenbahnen ganz außerordentlich hoch. Die Hauptgründe sind die dauernd steigenden Preise der Kohlen

Ricarda Buchs Bibeleregele.

Von Will Scheller.

Anzeichen mannigfacher Art und wechselnden Grades deuteten schon vor dem Anbruch des zwanzigsten Jahrhunderts darauf hin, daß in Deutschland eine religiöse Erneuerung sich zu vollziehen scheint, eine Wendung wenigstens vom materialistischen Götzenbild zu den inneren Werten des Lebens, die sich in jenen meist freilich sektiererischen Unternehmungen eiferstreich genug äußerte, um eine große Menge von Profekten werden zu können. Wie dilettantisch auch immer diese Versuche, außerhalb der Kirche Wege zum stets gegenwärtigen Jenseits zu finden, sein mochten, ihre zunehmende Zahl und ihr zum Teil stark ethischer Charakter erwies unumstößlich, daß es um eine richtiggehende Volksbewegung sich handelte, die nur in die gehörigen Bahnen geleitet zu werden brauchte, um positiv fruchtbar zu werden. Dann kam der Krieg, und ihm ist es zuzuschreiben, daß diese Bewegung in ihrem religiösen und ethischen Sinn nahezu völlig stagnierte, soweit sie wenigstens von der Masse getragen wurde, und der sittlichen Verantwortung des Volkes gegenüber nur eine gewisse metaphysische Selbstlosigkeit übrig blieb, die jedoch allzu leicht in abergläubische Spekulationen höchsten Gefüges auszuarten pflegt. Bedeutenden Persönlichkeiten blieb es überlassen, der völligen Preisgabe jeglichen höheren Gefühls gegenüber die fast erloschene Flamme am Leben zu erhalten; beispielsweise schuf Gustav Meyrink im „Grünen Gesicht“ einen wirkungsvollen Hinweis auf die Geheimnisse des Daseins, deren Kenntnis nur durch zuchtvolle Lebenshaltung zu erlangen ist, dann aber auch einen Vorgesand des Jenseitigen gewährt, und Stefan George rief in seinem Gedicht „Der Krieg“ vernehmlich auf zur Sammlung um das unsterbliche Ideal einer jeden Stofflichkeit überwindenden Heiligung der irdischen Existenz.

Nun hat Ricarda Buch ein Buch veröffentlicht, dem der selbstbewußte Titel „Der Sinn der Heiligen Schrift“ (Kaiser-Verlag, Leipzig), gegeben worden ist. Die äußere Fassung des Werkes ist so zu kennzeichnen, daß jeweils eine Bibelstelle Anlaß zu mehr oder weniger ausführlichen Betrachtungen gibt. Die ganze Fülle dieser Betrachtungen ist in drei Teile geschieden, welche „Moses“, „Saul“, „Christus“ überschrieben sind. Die Erklärung dieses Triptychons führt aber zugleich in den Mittelpunkt der Anschauungen, die dem Buch sein entscheidendes Gepräge verleihen.

Die Verfasserin wertet nämlich den ganzen Komplex von religiösen Tatsachen unter dem Gesichtspunkt der Entwidlung; ihre Auffassung ist demnach als Historizismus zu bezeichnen. Sie glaubt, von drei Kulturzuständen als von Ausflüssen der menschheitlichen Beziehung zu Gott reden zu dürfen, und zwar von einem Urzustand, worin das Volk noch unmittelbar, was für das Volk Israel unter Moses ein Beispiel bietet; die Bewusstseinsentwicklung des Volkslebens führte zu einem zweiten Zustand, einem Zustande der menschlichen Autonomie gegenüber Gott; sie machten sich Könige, wie Saul einer war, die an Stelle der von Gott berufenen Propheten traten, und dies ist

der Ausgangspunkt jener Entwidlung, die zum immer tieferen Abfall und endlich zur reiflosen Entheiligung des Staatsbegriffs durch das Utilitätsprinzip führte und nur durch die Erlösung aufgehoben und in den dritten Zustand übergeleitet werden kann, den der Wiedervereinigung mit Gott, durch Christus. Das ist also der Grundriss des Buches von Ricarda Buch über den Sinn der Heiligen Schrift.

Was den Inhalt selber anlangt, so handelt es sich, was bei Erwägung des eben Mitgeteilten ja natürlich ist, nicht um die Auslegung der angezogenen Bibelstellen, sondern darum, daß diese, wie gesagt, Anlaß geben zu höchst subjektiven und neuzeitlichen, teilweise geradezu rein aktuellen Reflexionen, die sich oft so fern von Ursprung entfernen, daß nichts mehr von ihm zu sehen übrig bleibt. Ricarda Buch überträgt, um ihre Weltanschauung zu manifestieren, moderne Begriffe auf den Gehalt der Heiligen Schrift und geht in diesem Verfahren so weit, daß sie Wort und Wesen Gottes biologisch zu erklären versucht, wobei sie tatsächlich das im Menschen mehr oder weniger zutage tretende Gottesbewußtsein, den göttlichen Impuls, in einem bestimmten Teil des Werbewissens feststellen zu können glaubt. Von hier ist aus ist allerdings der Schritt nicht weit zu einer Analogie des Heilands mit Napoleon, Dicens, Fontane! Die Gleichstellung von allerhand Mythologien und Naturreligionen mit dem Christentum kann danach ebensoviel Wunder nehmen, wie das ebenso tramsphante wie vergeblide Bemühen, das Dasein Gottes durch ein scharfsinniges Frage- und Antwortspiel begrifflich zu bestimmen. An solchen Stellen wird mit übermäßiger Eindringlichkeit klar, daß Gott sich nicht spotten läßt und die Logik der menschlichen Vernunft um tiefer führt, je höher sie ihren Flug zu nehmen wagt.

Es ist kein erheblicher Unterschied zwischen solcher spekulativen Dialektik und dem Gottesbeweis etwa Spinozas. Der amor dei intellectualis dieses menschlich größten aller Philosophen geht zurück auf ein tiefes inneres Erlebnis der kosmischen Harmonie und steht deshalb trotz der kritischen Stellungnahme zur Überlieferung unendlich viel höher als das fahle, leichen Endes glaubensferne Vermöhen um Erkenntnis, wie es in dem vorliegenden Buche sich verlaubbart. Es ist ein Irrtum, zu sagen, daß nur solche Erkenntnis wahr sei, welche die Liebe zu den Menschen vermehrt. Das ist eine sehr enge, ganz diesseitige Auffassung. Wahr im höchsten Sinne kann nur diejenige Erkenntnis genannt werden, die, mit Spinoza zu reden, adäquat ist, diejenige, welche die Liebe zu Gott vermehrt. Der Mensch hat seinen Geist empfangen, um durch Erkenntnis zur Liebe Gottes zu kommen und im Dienste derselben der Erlösung von den irden würdig zu werden. Jene Philosophie des kulturmenschtlichen Solipsismus ist nur eine Etappe auf dem allzu leicht gangbaren Wege, der, scheinbar zur Freiheit lenkend, faktisch dem Wesentlichen fremd immer weiter von Gott entfernt und in die Abhängigkeit vom Satan, in die Negation Gottes mündet.

Indessen ist mit diesen Angaben die Eigenart, das geistige Gewicht des neuen Werkes von Ricarda Buch keineswegs erschöpft, welches, für sich genommen, ohne Zweifel das reife, vielleicht reifste Ergebnis eines durch und durch selbständigen, in sich vollkommenen Intellekts ist. Zahlreiche Gedanken von

geradezu funkelnder Trefflichkeit, sobald sie nur das Gebiet des christlichen Glaubens meiden, verpflichten zu einem deutlichen Hinweis darauf, daß in diesem Buche Dinge gesagt werden, die es trotz des verhehlten Titels als eine der wertvollsten geistigen Ausgebungen seiner Zeit erscheinen lassen. Das ist besonders ersichtlich, wo die Verfasserin mit den symptomatischen Phänomenen der Epoche ins Gedächtnis rückt. Die Zeiten ihrer Zeitgenossen werden ihr aus lebhaftem Zuhören, wo sie den sogenannten Fortschritt, dessen Ertragungscharakter stets im Nebenwärtigen und Vergänglichem liegen, demarkiert, wo sie den utopistischen Zeologien, der Menschheit aus dem Prinzip der Gleichheit neues Heil zu erweisen, nachweist, daß es auch ihnen nur auf das Jüdische, Nihilische ankommt, daß auch sie, wie der tramsfeste Materialismus, die metaphysische Perspektive durchaus verfehlen. Und wer mag es, ihr zu widersprechen, wenn sie in voller Klarheit konstatiert, daß die moderne Kunst, statt Vorbild der Wirklichkeit zu sein, die Wirklichkeit zum Vorbild nimmt und dadurch zur Verhässlichung des Lebens, zur geistigen Erstarrung führt, daß der Rationalismus nunmehr in ihren Aufregungen die größten Triumphe feiert.

Es ist vollkommen richtig, zu sagen, daß die Verarmung des menschlichen Lebens auf eine Entfernung von Gott zurückzuführen, daß sie eine Folge ist der Scheu des neuzeitlichen Menschen vor der höheren Eingebung, vor dem Impuls, und eine Folge der Überordnung der kritischen Vernunft, des Selbstbewußtseins über das bessere Gefühl, das im Unbewußten wurzelt. Das ist ja das Grundübel und der Ursprung alles irdischen Leids, daß der Mensch es immer weniger vermag, die Spaltung seines Innern zu überwinden, und seine Schuld, daß er es immer weniger versucht, die innere Stimme zu verstehen. Welter ist es aber andererseits, alles auf die eine Karte zu setzen, dem Impuls allein, dem aus dem Unbewußten strahlenden rein subjektiven Gefühl sich ganz zu überlassen; der Mensch, allzeit im Streben irdend, setzt sich durch solches Vertrauen in die Eingebung, durch solche Ausschaltung des ihm zu bestimmtem Zweck verlesenen bewußten Geistes, den größten Gefahren aus, zumal von solchem Motivismus kaum mehr ein Schritt ist zur Negation der göttlichen Offenbarung, welche doch als der einzige feste Punkt innerhalb der bewegten Erleuchtung anzusehen ist. Der Mensch kommt nur als ein Ganzes über die Hemmungen des Daseins hinweg; Halbheiten sind betörende Mittel des Satans, ihn in seine Gewalt zu bekommen.

Ricarda Buchs Werk ist sonach ein wichtiger Beitrag zur Kritik der Zeit und ein Symptom des religiösen Bedürfnisses des neuzeitlichen Kulturmenschen, der von den Errungen-schaften des Fortschritts, der Zivilisation, nicht befriedigt werden kann. Bedeutend im Negativen, zeigt es dort, wo es positiv zu sein trachtet, daß der von ihm bekämpfte Rationalismus in ihm selbst noch nicht überwunden ist, daß die spezifische neuprotestantische Orientierung Tribute gefordert hat auf Kosten der wahren Erkenntnis Gottes. Auch an dieser Publikation bewahrt sich, wo die Selbstkritik der christlichen Offenbarung in den Vordergrund der Betrachtung gerückt werden das alte Gesetz: Nullus in ecclesia!

und der Betriebsmittel, ferner die hohen Löhne und Gehälter. Die Eisenbahnen müssen gezwungen eine abermalige Erhöhung der Tarife eintreten lassen, um den Verlust auszugleichen.

Eine solche Maßnahme wird im Handel und Verkehr sehr schwer empfunden werden, doch ist zu beachten, daß selbst dann, wenn die Preise der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgüter demnächst sinken sollen, die Frachten und Fahrpreise bei weitem noch nicht in dem Maße erhöht sind, wie es die allgemeine Preissteigerung bedingt hätte. Wollte man die Tarife so hoch heraufsetzen, wie es erforderlich ist, um den zu erwartenden Verlust in vollem Umfange auszugleichen, so würde bei allen beteiligten Eisenbahnen im Durchschnitt eine Erhöhung der jetzigen Tarife um 100 Prozent nötig sein. Um eine allzu starke Mehrbelastung von Handel und Verkehr möglichst zu vermeiden, und in der Hoffnung, daß mit Eintritt ruhiger Arbeitsverhältnisse eine Besserung der augenblicklichen Lage eintritt, soll zunächst die Erhöhung nicht in diesem vollen Umfange in Aussicht genommen werden.

Aber die Durchführung der Erhöhung schweben noch Verhandlungen. Fest steht, daß sowohl Güter- wie Personenverkehr herangezogen werden müssen. Im Güterverkehr wird auch eine große Anzahl Ausnahmetarife aufgehoben werden müssen, sowohl zur Erreichung des Zieles einer finanziellen Gesundung der Eisenbahn als auch deshalb, weil die Durchführung der Friedensbedingungen die durch den Frieden bedingte völlige Verschiebung der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Postfall bei Einführung der betr. Tarife maßgebend gewesenem Voraussetzungen eine solche Maßnahme erforderlich macht.

Unter den Vertretern aller beteiligten Regierungen herrscht über die grundsätzliche Notwendigkeit der Tarifierhöhung und ihrer möglichst beschleunigten Durchführung völlige Einigkeit.

Der Ministerialerlaß an die preussischen Eisenbahnbeamten.

Der bedeutende Erlaß des preussischen Eisenbahnministers an die Eisenbahnbeamten, den wir dem Hauptinhalte nach schon dieser Tage wiedergaben, hatte folgenden Wortlaut: „Wie bekannt ist, am 6. Juli ein mitteleuropäischer Block geschaffen worden, um die Demotisierung der Eisenbahnverwaltung zu erzwingen. Diesem Block sind die Bezirke Kassel, Erfurt, Halle und Magdeburg beigetreten. Als Kampfmittel wird neben ständiger Bearbeitung der Presse die Schaffung einer Organisation bezeichnet, die der Bundesleitung als „Schlagfertige Waffe“ dienen soll. Eine Organisation soll vor allem die Propaganda des Streiks unter der Eisenbahnbeamenschaft betreiben. Es heißt in dem Programmabwärtlich:

„Eine Streikorganisation ist durchzuführen. Die Namen der Beteiligten sind gegenseitig auszutauschen. Regelmäßige Zusammenkünfte der Streikteilnehmer sind zu vereinbaren, um im mündlichen Benehmen eine schlagfertige Organisation bis zum 1. 9. 19 zu schaffen.“

Diese Propaganda des Streiks in der Eisenbahnbeamenschaft ist im jetzigen Augenblick ein Verbrechen am deutschen Volke. Jedem Einsichtigen steht die Gefahr des völligen Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens vor Augen. Dazu kommt die bevorstehende Lage der Kohlenversorgung und die Befürchtung, daß die Verhältnisse sich im Winter noch erheblich verschlechtern werden. Diese Tatsachen müssen besonders dem Eisenbahnbeamten klar sein, der infolge der Tätigkeit die Entwicklung des Wirtschaftslebens genau verfolgen kann. Jeder Eisenbahnbeamte kennt auch die schwierige Lage, mit der die Eisenbahnen augenblicklich kämpfen. Alle diese Umstände müssen in jedem von ihnen die Überzeugung vom dem Ernst der Lage im Eisenbahnbereich festigen. Wenn in solchen Augenblicken eine kleine Anzahl von Beamten eine Organisation schaffen will und den Streik zur Durchsetzung persönlicher Wünsche proklamiert, so ist das in der Tat aufs schärfste zu verurteilen. Ich bin überzeugt davon, daß die weitaus überwiegende Zahl der Eisenbahnbeamten diesem Vorgehen fremd und voll Abscheu gegenübersteht. Ich weiß, ich brauche den Beamten von den Plänen dieses Blodes nur Mitteilung zu machen; die Empörung über solches Vorgehen, das unser Wirtschaftsleben neuerlich schwer erschüttern würde, wird auch in ihnen lodern!

Diesenjenigen, die hier eine Streikorganisation schaffen wollen, die als Werkzeug in ihrer Hand jederzeit loszuschlagen bereit sein soll, gefährden die staatsrechtliche Stellung der Beamten aufs schwerste! Denn wenn Beamte selbst die Pflichten verkennen, die sich aus ihrer staatsrechtlichen Stellung ergeben, so gefährden sie dadurch ihre Stellung selbst. Das Vorgehen jener Beamten ist eine Verletzung der elementarsten Beamtenpflichten. Es gefährdet die Rechte der gesamten Beamenschaft, die sie abnungslos dem Verderben zuführen, und ist ein Verbrechen gegen die deutsche Wirtschaft und damit gegen unser gesamtes Volk. Ich darf keinen Zweifel darüber lassen, und weiß mich darin einig mit der Staatsregierung, daß die Fortsetzung dieser Pläne und jede Beteiligung an der Streikorganisation an den schuldigen Beamten mit den gesetzlichen Strafen geahndet werden wird. Ich richte deshalb hiermit die erste Mahnung an jeden Beamten, sich von solcher Streikorganisation fernzuhalten, und erwarte von dem gesunden Sinne der Eisenbahnbeamten, daß sie die Erkenntnis von der Frevelhaftigkeit jenes Unternehmens in alle Kreise der Beamten tragen werden. Sie erfüllen damit nicht nur ihre Pflicht, sondern sie tun, was ihrer Person, dem ganzen Stand und dem gesamten deutschen Volk allein helfen kann, über die schwere Zeit der Gegenwart hinwegzukommen. Das niedergebrogene, aus tausend Wunden blutende Vaterland bedarf zu seiner Wiederaufrichtung in einem anderen Maße die Treue der Beamenschaft, als vor dem unglücklichen Kriege. Nur wer so denkt, hat den sozialen Geist erfaßt. Soziale Wirten heißt, nicht sich vorzustellen, sondern dem großen Ganzen dienen.“

Zu den Erfurter Vorgängen.

Im preuss. Eisenbahnministerium fand d. Tage eine Sitzung der Vertreter sämtlicher Beamtenverbände statt, die der Minister aus Anlaß der ersten Erfurter Vorgänge zusammenberufen hatte. Minister Dejer führte den Erörterungen den ungeheuren Ernst der Lage im deutschen Wirtschaftsleben und die daraus sich ergebenden schweren Aufgaben für die Eisenbahnverwaltung und ihre Beamenschaft vor Augen. Unter voller Anerkennung der Tatsache, daß der weitaus überwiegende Teil der Beamten bisher seine Pflicht treu erfüllt habe, wies er auf die unverantwortlichen Maßnahmen hin, die von einer kleinen Zahl von Männern betrieben werden. Er betonte, daß er stets für eine Demotisierung zu haben sei, die darin bestehe, daß Männer, die sich durch Leistungen und Können auszeichnen, der Weg zu allen Stellen geöffnet werde. Die Errichtung von Fachschulen sollte jedem Beamten die Möglichkeit geben, sich die dazu erforderlichen Kenntnisse anzueignen. Zugleich wies er es aber unter lebhaftem Weisfall der Besammlung weit von sich, agitatorische Betätigung zu unterstützen oder durch Beförderung zu belohnen. Aus der Versammlung heraus wurden die Erfurter Vorgänge scharf verurteilt und einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die Fachverbände und ihre Mitglieder jede Gemeinschaft mit bezerrigten Bestrebungen ablehnen.

Die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren.

Nach den dem Staatenanschuß vorliegenden Beschlüssen über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren beträgt das fünfjährige Briefporto bis 20 Gr. 20 Pfg., über 20 Gr. 30 Pfg. Für die Bestimmung des Paketports sind zwei Zonen vorgesehen: eine Zone von 75 Kilometern und eine Fernzone von über 75 Kilometern. Beim Gewicht sind vier Stufen von je 5 Kilogr. gewählt. Das Porto beträgt bis 5 Kilogramm einschließlich in der Nahzone 0,75 Mark, in der Fernzone 1,25 Mark, über 5 Kilogr. bis einschließlich 10 Kilogr. 1,15 Mark bzw. 2,15 Mark, über 10 Kilogr. bis einschließlich 15 Kilogr. 3 Mark bzw. 5 Mark, über 15 Kilogr. bis einschließlich 20 Kilogr. 4 Mark bzw. 6 Mark. Die Telegraphengebühren für gewöhnliche Drücktelegramme betragen 8 Pfennig für jedes Wort, mindestens 80 Pfennig für jedes gewöhnliche Telegramm; für jedes gewöhnliche Telegramm im Fernverkehr 10 Pfennig, mindestens 1 Mark. Für Pressetelegramme gilt die Hälfte der vorstehenden Gebühren.

Der Beschlüssen über die Änderung des Postgesetzes verfügt, daß die feste Gebühr für Auszahlungen im Postverkehr von 5 auf 10 Pfennig erhöht wird. Im übrigen bleiben die Bestimmungen des bisherigen Postgesetzes bestehen.

Postkarten sollen in Zukunft 10 und 15 Pfg. kosten. Auch die Drucksachen schlagen auf; 5, 10, 20, 30, 40 Pfg. sollen die Sätze sein; dementsprechend sollen Geschäftspapiere und Warenproben erhöht werden. Weiter verschwindet das Bestellgeld; dafür steigt das Porto der Postanweisungen weiter, aber es soll glattere Teilungen bekommen; bis 5 Mark: 20 Pfg.; 5-100 Mark: 40 Pfg.; 100-250 Mark: 60 Pfg.; 250-500 Mark: 80 Pfg.; 500-1000 Mark: 1 Mark. Die Fernspreckgebühren sollen um zwei Drittel erhöht werden.

Ein Geheimschreiben der Kommunisten.

Das Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus ist in den Besitz eines geheimen Rundschreibens der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) an seine Agenten und Bezirksvorstände gelangt. In dem Rundschreiben heißt es: Die innerdeutsche Krise muß weiter zur Entwicklung kommen. Wir bitten die Organisationen, fern der Werbung unter den Soldaten die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Aufrüttelung und das Erwecken der proletarischen Massen macht zweifellos weiter Fortschritte. Die Eisenbahner können heute als für die Revolution gewonnen angesehen werden, wenn sie auch politischen Lösungen noch nicht zugänglich sind. Die Postbeamten sind in Gärung geraten. Eine besondere Sorge werden die Landarbeiter. Ein Sturmtrupp der Revolution werden die Landarbeiter und Bauern nicht werden. Ohne ihre Sympathie oder mit ihrer Unterstützung ist das Werk der Revolution ungeschwehert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die wir heute am meisten anstreben. Ein Eisenbahnerstreik schwächt auf die Dauer eine starke Regierungsmacht (wie England 1906), geschweige denn einen solchen halbverwesten Körper, wie die Regierung Eberl-Roske. Das Ziel der Werbung muß sein, Zukunftsüber den Eisenbahner vor die Augen zu stellen, ihnen zu zeigen, daß die Zustände, Lebensmittelpreissteigerung und anderes Schwindel sind und daß es für sie kein anderes Ziel gibt, als für das Gesamtproletariat: Die Räterepublik. In der Agitation glauben wir, daß mit dem zunehmenden Zerfall der Sozialdemokratie sich die Gegensätze zur unabhängigen Partei selbst in den Vordergrund schieben. Wir glauben namentlich, daß die Haltung der Unabhängigen in der Friedensfrage — schwach, gedankenlos und unklar, indem sie die Forderungen des Friedens einfach weglös — nicht genug geipfelt werden kann.

Der „Mannheimer Generalanzeiger“ bemerkt zu dem kommunistischen Geheimschreiben, das er im Wortlaut wiedergibt: „Der Reichsregierung ist selbstverständlich dieses geheime Rundschreiben der Spartakisten, das manche Vorgänge der letzten Zeit in einem helleren Licht zeigt, nicht unbekannt geblieben. Besonders interessant sind die Stellen, welche sich mit den Eisenbahnen befassen. Man ersieht hieraus von neuem, welche Bedeutung die Spartakisten der Aufwiegelung des Eisenbahnerpersonals beimessen. Wir dürfen das Vertrauen haben, daß die staatsbürgerliche Einsicht des ausschlaggebenden Teils der deutschen Eisenbahner sich härter erweisen wird, als alle Verheißungen der durch dieses Rundschreiben wieder einmal gekennzeichneten Vaterlandsverräter, die unter der Parole Räterepublik unser Wirtschaftsleben, das schon traurig genug ist, völlig vernichten möchten. Allen Einsichtigen, vor allem der Arbeiterklasse, zeigt dieses aus dem geheimnisvollen Dunkel der Umtriebe der Spartakisten ans grelle Licht der Öffentlichkeit gezogene Rundschreiben von neuem, daß die Gegenmaßnahmen der Regierung rückhaltlos unterstützt werden müssen, wenn wir nicht unrettbar dem Untergang verfallen sollen.“

Eine Anklage des „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ beschäftigt sich unter der Überschrift: „Öffentliche Anordnung“ mit der Agitation der Unabhängigen und der Kommunisten für den Streik und sagt:

Durch ihre Handlungen erklären sie sich zu geschworenen Feinden der Volkswirtschaft. Die Unabhängigen und Kommunisten sabotieren systematisch den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaftskraft. Sie wissen ganz genau und haben es öffentlich wiederholt ausgesprochen, daß ihre zahlenmäßige Stärke im genauen Verhältnis zur Notlage unseres Volkes steht. Der Rabbalismus ist der unmittelbare Ausfluß des Lebensmittelmangels. Kommt das Volk zu Lebensmitteln und die Wirtschaft zu neuer Kraft, so ist es aus mit der Radikalisierung der Arbeiterklasse. Da das Parteinteresse jenen Drahtziehern aber höher steht als die Wohlfahrt des Volkes, so verschwinden sie alles, um das Elend in Deutschland nicht verschwinden zu lassen, den Zustand öffentlicher Unordnung zu erhöhen und das Volk immer tiefer in die Not zu treiben. Die deutsche Presse ist voll von der Erregung über die fürchterliche Katastrophe, die uns durch die Verzerrung der Kohlenproduktion im Winter droht. Unter den Steinkohlen-, Braunkohlen- und Kaliarbeitern wird systematisch zur Arbeitsverweigerung und Sabotage aufgehetzt. Wo in den Betrieben keine Aussicht besteht, die Arbeit fruchtbar zu machen, wird die Festigkeit und die Sabotage empfohlen. Namentlich auf der Eisenbahn, in den Godfisenbetrieben, im Bergbau, in den Elektrizitäts- und Gaswerken, also gerade in den lebenswichtigsten Betrieben wird zur Zerstörung der Produktionsanlagen aufgehetzt. Wenn ist es da noch zweifelhaft, daß es sich hierbei um mörderische Anschläge auf das Leben unseres Volkes handelt? Die öffentliche Ordnung in Deutschland soll für immer unmöglich gemacht werden. Gegen so eine verbrecherische Tätigkeit muß das Volk mit allen verfügbaren Mitteln geschützt werden. Durch die Tätigkeit der Unabhängigen und Kommunisten wird in dieser gefährlichen Stunde das Problem der öffentlichen Ordnung auf Gewalt gestellt. Jeder anständige Mensch wird das bedauern, aber es ist ein Lebensgebot für Staat und Volk. Der öffentlichen Ordnung und den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Volkes haben sich alle anderen Interessen unter-

zuordnen, selbst das Interesse der Unabhängigen und Kommunisten nach stärkstem Verlauf ihrer Mitgliedsbücher. Die linksradikalen Gruppen sollten endlich ihre Feindschaft gegen die Demokratie und ihre Streikpropaganda aufgeben und dadurch mithelfen, die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen außerordentliche staatliche Maßnahmen überflüssig werden. Dann kommen wir zum inneren Frieden.“

Ein neuer Putz in der Pfalz?

Wie die N. Bad. Landeszeitung hört, mehren sich die Anzeichen, daß die Pfalz unmittelbar vor einem neuen Putz steht. Der bekannte Spartakist und Buchhändler Eggersdorf wird von der französischen Behörde zum Vorschlag ernannt. Ein französischer Wagenpark und Waffen sind den Landdauer Rutschschiffen zur Verfügung gestellt worden. Eggersdorf und Haack geben nun auch Gänge und beabsichtigen, in einer der folgenden Nächte, wenn kein Arbeiter und Bürger die Straße betreten darf, sämtliche Regierungsstellen und Bezirksämter zu besetzen. Es steht zu hoffen, daß die reichstreuen Pfälzer auf der Hut sind und den „Gründern der Republik“ entsprechend aufpassen.

Das Lynchgericht.

Eine Sababespeise meldet, daß der Rat der Alliierten der Auslieferung von 67 Mischjuden in der Forderung des Weltkrieges aus den früheren Mittelmächten zugestimmt hat. Die Auslieferungsbegehren würden sofort nach Ratifikation der Friedensverträge abgehen.

Ein englisches Weißbuch über die Schwächung Deutschlands.

In einem Weißbuch veröffentlicht die englische Regierung der L. A. zufolge, das Gutachten der britischen Kommission zur Prüfung der Lage in Deutschland. Diese Kommission ist zu dem Entschluß gekommen, daß ein bis zwei Generationen vergehen werden, ehe das deutsche Volk seine frühere Arbeitskraft zurückgewonnen hat. Auf lange Zeit hinaus sei jede Gefahr der Bedrohung des europäischen Friedens durch Deutschland ausgeschlossen. Deutschland brauche sofort Nahrungsmittel für die Arbeiter, Rohmaterial für die Industrie und Futtermittel für den Ackerbau. Selbst aber wenn es das alles von der Entente erhalten werde, werde es noch Jahre dauern, bis der frühere Wohlstand zurückgekehrt sein wird.

Eingeständnisse Lanfings.

Der amerikanische Staatssekretär des Äußern, Lanfing, ist am 6. d. Mts. durch den Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten einem Kreuzverhör mit Bezug auf den Friedensvertrag unterworfen worden. Er hat dabei, wie die „Times“ meldet, einige wichtige Eingeständnisse gemacht. Von diesen verdienen die folgenden festgehalten zu werden: 1. Er gab zu, daß die 14 Punkte Wilsons so ziemlich Schiffbruch im Laufe der Erörterungen erlitten hätten, deren allgemeines Ziel die Herbeiführung einer auf gesundem Menschenverstand und Billigkeit beruhenden Regelung gewesen sei. 2. Er gab der persönlichen Meinung Ausdruck, daß der Kaiser nicht in geistlicher Weise vor ein Gericht gestellt werden könne.

Der Friedensvertrag mit Oesterreich.

Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich am Dienstag mit der Antwort auf die österreichischen Gegenentwürfe. Er nahm die Berichte der verschiedenen Kommissionen entgegen, die die Antwort vorbereiteten. Es wird angenommen, daß der österreichische Vertrag im Laufe der kommenden Woche gezeichnet werden kann. Staatskanzler Renner ist übrigens von seiner Wiener Reise wieder in St. Germain eingetroffen. Während der achtjährigen Abwesenheit des Ministerpräsidenten Clemenceau wird der Oberste Rat der Alliierten seine Sitzungen nicht mehr unterbrechen, da der Minister des Äußern, Pichon, Clemenceau vertreten wird.

Zum Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Ungarn.

Der Wiener „Neue Tag“ meldet, daß der vielgesuchte kommunistenführer Kettelheim, der zur Zeit der Herrschaft der Räteregierung in Ungarn als deren Vertreter in Wien weilte, von hier nach Berlin flüchtete, wo er Verbindung mit kommunistischen Kreisen aufnehmen will. Die Budapester Staatsanwaltschaft hat gegen Bela Kun und Genossen ein Strafverfahren wegen Anreizung zum Verbrechen des Mordes und der Selbsttötung, sowie wegen anderer strafbarer Handlungen eingeleitet und einen Steckbrief gegen ihn erlassen.

Badische Ueberlicht.

Die Differenzen im Mannheimer Gastwirtsgewerbe.

Die Differenzen der Mannheimer Wirte mit den Gasthausangestellten haben auch in der letzten Besprechung am Montag noch keine Beilegung gefunden. Die Lage ist so, daß die Hoteliers sich für Annahme des Tarifs erklären und dieser bereits in Kraft ist. Auch die größeren Restaurants haben ihn bereits eingeführt, nur die kleineren Wirte weigern sich noch. Die Gehilfen beabsichtigen, bei Weigerung der Wirte ihre Forderungen auf Grund des Tarifs einzulagern. Die Gehilfen erklären in einem Plakatanschlag, daß der Tarif zu Recht bestehe, und haben das Publikum aufgefordert, keine Trinkgelder zu bezahlen. Schon aus diesem Grunde werden die Angestellten der Wirte, die den Tarif nicht einhalten, auf Durchführung desselben drängen.

Eine städtische Kleinhausiedelung in Karlsruhe.

Das Projekt der Erstellung einer Kleinhausiedelung auf Domänengelände an der Durlacher Allee in Karlsruhe, das vom Bürgerausschuß in der Sitzung vom 23. April genehmigt worden ist, kann nicht zur Ausführung gelangen, weil sich das Gelände für den gedachten Zweck nicht eignet. Die zahlreichen Bauprojekte der Privatunternehmer, die geeignet gewesen wären, der Wohnungsnot auf der kommenden Winter etwas zu steuern, kommen mangels der erhofften Bauförderung ebenfalls in Wegfall. Aus demselben Grunde müssen die großzügigen Projekte der hiesigen Baugenossenschaften wenigstens vorerst auf die Erstellung weniger Wohnungen beschränkt werden, und auch diese Wohnungen werden wohl erst im kommenden Jahre bezugsfertig werden. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es daher ein unabsehbares Bedürfnis, das Projekt der Erstellung einer Kleinhausiedelung

durch die Stadt ungeachtet der außerordentlichen finanziellen Belastung auf einem anderen Gelände zur Verwirklichung zu bringen. Für diesen Zweck, nach Lage und Beschaffenheit geeignet, erscheint dem Stadtrat nun ein Domänengrundstück. Die Domänenverwaltung hat sich bereit erklärt, das Gelände der Stadt unter den üblichen Bedingungen in Erbbaurecht zu geben. Der Bebauungsplan des Tiefbauamts sieht drei Straßenzüge vor, durch die der ganze Block in drei Teile aufgeteilt wird. Hieron soll zunächst der mittlere Teil mit 10 Häusergruppen, insgesamt 52 Einfamilienhäusern, bebaut werden. Das Haus enthält jeweils drei Zimmer und Küche mit kleinem Anbau für Kleinviehhaltung; jedes Haus ist unterkellert. Das nicht überbaute Gelände wird, soweit es nicht für die Straßen und Zugänge erforderlich wird, zu Gartenzwecken aufgeteilt werden. Die Ausstattung der Häuser ist gegenüber dem früheren Siedlungsprojekt an der Durlacher Allee etwas reichlicher gedacht. Allerdings werden sich die Baukosten dementsprechend höher stellen und zwar sind die selben auf 20 500 M. für das eingebaute und 22 775 M. für das Eckhaus berechnet. Die Bauausführung ist der Handwerkskammer Karlsruhe übertragen. Der Mietpreis für das Haus kann auf etwa 600 M. angesetzt werden. Der Baukostenübertragungszuschuß für die 52 Häuser berechnet sich auf 828 113 M. Ob hierzu ein Zuschuß aus Reichs- oder Staatsmitteln erwartet werden kann, steht vorerst dahin.

Ein neuer Kriegskredit in Offenburg.

BC. Die Stadtverordneten in Offenburg bewilligten einen neuen Kriegskredit von 850 000 M. Die Preise der städtischen Werke werden erhöht wie folgt: Gas 40 Pfg., Lichtstrom 70 Pfg., Kraftstrom 35 Pfg., Wasser 20 Pfg. In der Oberrealschule wurden zwei weitere Professorenstellen errichtet und an der höheren Mädchenschule eine Reallehrerstelle in eine Professorenstelle umgewandelt. Das Schulgeld der höheren Mädchenschule wurde von 48 auf 60 M. erhöht. Ferner wurden eine Viertelmillion Ausgleichszulagen für Beamte und Lehrer bewilligt. Ein Antrag, das Gehalt des Oberbürgermeisters auf 12 000 M. zu erhöhen und ihm eine Teuerungszulage von 8000 M. zu gewähren, wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

Aus dem badischen Parteileben.

* Der Karlsruher „Aktionsausschuß zur Einigung des Proletariats“ hatte auf gestern abend eine öffentliche Versammlung einberufen. Die Sozialdemokratische Partei hat hierzu eine Erklärung erlassen, daß sie mit diesem Aktionsausschuß nichts zu tun habe, da es sich dabei lediglich um eine Agitation für die Unabhängigen handle.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Heidelberg, 14. Aug. Generalleutnant Eduard v. Hoffmeister in Heidelberg, der bekannte Xenophon-Forscher, feiert am Donnerstag sein 50jähriges Militärjubiläum.

BC. Ettlingen, 13. Aug. Geh. Kommerzienrat Dr. Lorenz hat sich entschlossen, sein bei der Maschinenfabrik gelegenes landwirtschaftliches Gut der Stadt zur Bewirtschaftung unentgeltlich zu überlassen auf unbestimmte Zeit. Das Gut umfaßt gegen 13 Hektar. Bezüglich der Garten, die Gärtnerwohnung und einzelne besonders erwähnte Räume sind von der Benutzung durch die Stadt ausgenommen. Die Stadt übernimmt die Verpflichtung, die Familie des Herrn Geheimrates, den Beamten und Arbeitern der Fabrik Gemüse, Kartoffeln und Obst zu einem 20 Proz. niedrigeren Preis als dem Marktpreis käuflich abzugeben, wenn der Ertrag des Gartens zur Befriedigung des Bedürfnisses der genannten Haushaltungen nicht ausreicht. Sie hat zu diesem Zwecke eine Teil des Gutes bis zur Größe des Gartens mit Gemüse anzubauen. Die ganze diesjährige Ernte mit Ausnahme der Kartoffeln und des Weizens, von

dem aber das Stroh der Stadt zukommt, also das Heu, Oehnd, Belschorn, Neben- und das Obsttragnis, wenige Bäume ausgenommen, gehen unentgeltlich in das Eigentum der Stadt über. Das lebende und tote Inventar wurde bis auf einige Stücke der Stadt zum Anschaffungspreis oder zum Schätzwert nach dem Gutachten eines beiderseits ernannten Sachverständigen käuflich abgetreten. Die Gesamtsumme hierfür beträgt 9000 Mark.

BC. Neuenweg (Belchen), 13. Aug. Im Zusammenhang mit einer Verrenschicht am Belchen, wo auf Verrenschicht scharf geschossen wurde, hat ein Aufgebot von 20 Gewehrern unter Führung der Staatsanwaltschaft Waldshut eine Hausdurchsuchung nach Waffen in Neubronn vorgenommen. Dabei wurde eine ansehnliche Menge Waffen zutage gefördert und beschlagnahmt.

Aus der Landeshauptstadt.

BC. Bierpreiserhöhung. Der Bierverein Karlsruhe und der Verband der deutschen Gast- und Schankwirte, Ortsgruppe Karlsruhe, haben in einer allgemeinen Vertreterversammlung die einheitliche Einführung eines neuen Bierpreises für Karlsruhe einstimmig beschlossen. Ein Glas mit 0,3 Liter kostet jetzt 30 Pfg. Das ist die 7. Preiserhöhung seit 1914. Vor dem Krieg kostete das Glas 12 Pfg. Während des Krieges stieg der Preis nach und nach auf 14, 15, 16, 18, 20 und 25 Pfg., um jetzt nach dem Krieg den Höchstpreis von 30 Pfg. zu erreichen.

Zeitschriftenschau.

Die Gegenwart mit ihren durch die Novemberrevolution hervorgerufenen Erschütterungen legt uns nahe, den Blick auf die revolutionären Bewegungen der Vergangenheit zu lenken und zur tieferen Erkenntnis der eigenen Zeit nach historischen Parallelen zu suchen. Die Revolutionen von 1789, 1830 und 1848 weisen ihrer Entstehung, ihren Zielen und ihren Ausprägungsformen nach mancherlei Ähnlichkeiten mit der in ihrer Entwicklung noch nicht abgeschlossenen russischen und der deutschen Revolution der Gegenwart auf. Aber noch viel lehrreicher ist der Vergleich unserer jüngsten Vergangenheit mit dem Aufstand der Pariser Kommune vom Frühjahr 1871. Welch verblüffende Übereinstimmungen mit den Zuständen der Gegenwart sich da ergeben, beweist in vergleichender Artikel „Pariser Kommune und Spartakus“ von Dr. Arthur Bloch in der soeben erschienenen Nummer 3971 der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ (Beilage J. J. Weber-Leipzig; vierteljährlich 15 M.). Die dem Aufsatze beigegebenen 12 Abbildungen aus dem Jahrgang 1871 der Illustrierten Zeitung könnten, abgesehen vom Lokalkolorit, auch das Bremen, München und Berlin in den Tagen der Spartakistenherrschaft zeigen. So ähneln sich die Motive von damals und heute. Zahlreiche weitere Aufsätze und Bilder vervollständigen den Inhalt des vorliegenden Heftes, das auf Neue den Beweis erbringt, daß die Illustrierte Zeitung nicht nur eine Kulturzeitschrift großen Stils ist, sondern auch eine an Reichhaltigkeit nicht zu übertreffende aktuelle Wochenschrift, in der namentlich auch die wichtigsten Vorkommnisse auf dem Gebiet des Sports, der Mode und des Theaters regelmäßig ausgiebig berücksichtigt werden.

Staatsanzeiger.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den von der Kirchengemeinde Kleintems als den einzigen Bewerber gewählten Pfarrverwalter Pfarrer Ferdinand Werner in Kleintems zum Pfarrer daselbst ernannt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Richard Wiles in Madingen auf sechs Jahre zum Pfarrer in Madingen ernannt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Otto Raupp in Madingen auf sechs Jahre zum Pfarrer in Denzlingen ernannt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses die auf sechs Jahre erfolgte Ernennung des Pfarrers Georg Koppert auf die Evangelische Altstadt-Pfarrei Weinheim für endgültig erklärt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Robert Raupp in Sickingen auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Kirchnerat Georg Meyer in Durlach auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Karl Göttinger in Lauenbach auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Kirchnerat Philipp Weymann in Hagsfeld auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Der Evangelische Oberkirchenrat hat nach Zustimmung des Generalsynodalausschusses den Pfarrer Jonathan Stern in Niedereggenen auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 11. August d. J. den Oberverwaltungssekretär Friedrich Schelhaas beim Bezirksamt Pfullendorf zum Bezirksamt Freiburg versetzt.

Mit Entschließung des Ministeriums des Innern vom 8. August d. J. wurde Verwaltungsssekretär Heinz der Revision des Bezirksamts Billingen als Revisionsassistent zugewiesen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 9. August d. J. den Verwaltungssekretär Otto Anstett beim Bezirksamt Emmendingen seinem Ansuchen entsprechend aus dem Staatsdienst entlassen.

Verstorben:

am 6. Juli d. J.: Weiser, Theodor, evangelischer Pfarrer in Rühlach.

am 30. Juni d. J.: Knäusenberger, Joh., evangelischer Pfarrer in Rühlach.

Berordnung:

Der für die Zeit vom 1. September 1914 bis dahin 1919 gültige, im Staatsanzeiger vom Jahre 1914 S. 283 und ff. veröffentlichte Tarif zur Berechnung des Wertes der verwendeten Wabergegenstände bleibt unter Erhöhung der Preise um 25 Hundertteile auch nach Ablauf bis auf weiteres in Gültigkeit.

Karlsruhe, den 2. August 1919.

Forst- und Domänenverwaltung:

J. B. Greiß.

Neuther.

Kunsthandlung und Rahmenfabrik
E. Büchle Karlsruhe, Kaiserstraße 128
 Wandbilderschmuck
 Bildereinrahmungen
 Inh. W. Bertsch

Statt besonderer Mitteilung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise warmer Teilnahme an unserem schweren Verluste sagt herzlichen Dank

Im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Sophie Heidegger.

Lauda, den 12. August 1919.

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 15. August 1919

„Die Rose von Stambul.“

Anfang 7 1/2 Uhr

Autogummi

verkauft ab Lager Mannheim an direkte Verbraucher zu Tagespreisen.

Großes Lager vorrätig.

Verkauf gegen Kassa von 3-6 Uhr täglich. Zulassungsbescheinigungen sind vorzulegen. Versand nur gegen vorherige Kassa.

A. Bieten & Cie. Mannheim N 3, 13b.
 Behördlich zugelassene Verkaufsstelle. Tel. 3367.

Süddeutsche Aufzug- und Kranbauanstalt Göppingen

Aufzüge Krane

Kurze Lieferzeiten.

Für Gemeinden!

Gügewert mit Holzbearbeitungsfabrik sucht in oberbadischer Gemeinde - Bodenseegegend bevorzugt - niederzulassen. Bedingung: Bahnstation, geeignetes Gelände an der Bahn und möglichst Gleisanschluss, genügend Arbeitskräfte. Gemeinden, welche sich für leistungsfähige Industrie an ihrem Platze interessieren, wollen sich unter G. 830 an die Expedition dieses Blattes wenden. 21

Polizeibeamtenstellen.

Bei der Stadtgemeinde Schwökingen sind die Stellen von zwei Polizeibeamten zu besetzen. Anfangsgehalt etwa 15-1800 M. Hierzu Ausgleichszulage nach dem staatl. Sähen, und zwar für Verheiratete mindestens 3 200 M. nebst Familienunterstützungszulage, für Ledige 2 900 M. Eine dieser Stellen ist vorbehalten für Bewerber, welche eine entsprechende Ausbildung im Polizei-, Verwaltungs- oder Justizdienst nachweisen können. Bewerbungen mit Zeugnissen, Militärpapieren und selbstgeschriebenen Lebenslauf sind bis längstens 1. September 1919 beim Gemeinderat Schwökingen einzureichen.

Schwökingen, den 9. August 1919.
 Gemeinderat.

Soeben erschien:

Die Schweiz und die Einheitschule

Eine Untersuchung des schweizerischen Schulaufbaues mit 25 schematischen Darstellungen der kantonalen Schulorganisationen. Von Hauptlehrer W. Stöckli. Preis M. 3.60.

Eine knappe, klare Übersicht über den Schulaufbau unserer ältesten Nachbar-Republik gibt die vorliegende Schrift, ein Handbuch und Nachschlagewerk, dessen sich jeder gerne bei Vortrag, Diskussion und eigenem Studium bedienen wird. In 25 Tafeln mit eingehender Legende finden wir eine leicht faßliche Darstellung der vielen kantonal verschiedenen Einheitschulstufen der Schweiz. Den Tafeln voraus geht in gedrängter Form unter Berücksichtigung der heute besonders heiß umkämpften Stichpunkte die Behandlung der drei wichtigsten Schulstufen: Primar-, Sekundar- und Mittelschule in ihren Beziehungen zu Bund, Staat, Gemeinde und Lehrerschaft. Der Verfasser bietet uns insofern einen besonders wertvollen Beitrag zu unseren Schulkämpfen, weil das Schweizer Schulwesen tatsächlich eine Musterkarte der verschiedensten Stappen auf dem Wege zur Einheitschule liefert, da jeder Kanton sein eigenes Schulwesen hat. Vorbilder und Mahnungen lassen sich nach dem reichhaltigen Material herauslesen, es müßte im Besitze eines jeden sein, der an den Fragen zur Schaffung der Einheitschule Anteil hat und darauf hält, sich ein eigenes Urteil zu erarbeiten.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe i. B.

Buchhalterin

gesucht, möglichst aus der Munitionsbranche. Angebote an die Expedition der Karlsruher Zeitung unter G. 810

Glaubtücher

42x42 cm, sehr weich, Dk. 10.- M.

Rüchertücher 40x50 cm, wds. stark, Gewebe, Dk. 10.- M.

Schneuertücher 50x60 cm, sehr saugf., gut trockn., Dk. 7.50 M.

Mindestabgabe je 1 Duzend Groß. Posten billiger Großverpackhaus Merkur, Leipzig, Frankfurterstraße 6, Abtlg. Textilien und Zellstoffe.

Wechselverkehr deutscher Eisenbahnen untereinander.

Mit dem 15. August 1919 tritt ein neues gemeinsames Heft A in Kraft, durch das das gemeinsame Heft vom 1. Dezember 1917 nebst Nachträgen ersetzt wird. Gleichzeitig erscheint ein Anhang 5 zum gemeinsamen Heft, der die Angaben des bisherigen Alphabetsches Verzeichnisses der Orte mit mehreren Bahnhöfen enthält. Preis der Druckstücke 1,30 M. und 1,10 M. Karlsruhe, 11. Aug. 1919. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.